

Nushasi 5 Krustur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN
Aylık Türk lirası 1.50 R. M. 5.-
Üç aylık " " 4.25 " 13.-
Altı aylık " " 8.- " 25.-
Bir senelik " " 15.- " 50.-
yahut mühabilit.

İdarehane

Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türköpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZÜGSPREISE:

Inland Ausland
für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-
" 3 Monate " 4.25 " 13.-
" 6 Monate " 8.- " 25.-
" 12 Monate " 15.- " 50.-
oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Druckanstalt: Türköpost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

5. Jahrgang Nr. 225

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Sonntag, 17. August 1938

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Der Aufbau der türkischen Republik.

Kleine Unterredung mit Ismet Pascha.

Persien und die Kurden. Der „Akscham“ erfährt aus Ankara, dass nach den letzten Nachrichten von der Grenze, die persische Regierung mit der Niederwerfung der kurdischen Flüchtlinge begonnen hat. Wie verlautet, beschäftigt sich der Schah persönlich mit dieser Angelegenheit. Die persische Regierung hat an der Grenze Truppen zusammengezogen und mit der Aktion sofort begonnen. Nach Äußerungen von Seiten der persischen Botschaft, hat zwischen den persischen Truppen und einem Stamm unter der Führung Halit Agas, der gerade auf persisches Gebiet übergewandert war, ein Gefecht stattgefunden, in dem die ganze Schar Halit Agas, an Zahl etwa 300, vernichtet wurde. Die persischen Verluste betragen etwa 40 Tote. Halit Aga selbst gelang es zu entfliehen. Die Aktion der Perser habe in Ankara grossen Eindruck hervorgerufen.

Die Kurdenbewegung in Syrien. „Wakit“ veröffentlichte gestern einige Einzelheiten aus dem Leben des Kurdischens Hatocho, der kürzlich über die türkische Grenze in türkisches Gebiet eingedrungen war.

Hatocho stammt aus dem Dorfe Habat. Als er nach Syrien kam, stellte er sich den Franzosen zur Verfügung, die ihn zum Inspektor der Gebiete von Kanischlar und Demirtchal ernannten. Zu gleicher Zeit wurden von den Franzosen noch andere Flüchtlinge unter dem Titel „Inspektoren“ engagiert. Es handelt sich hierbei um Bojan Bej aus Arabpinar und Schahin Bej aus Descherabül. Ein gewisser Kadir Bej aus Mardin beschäftigt sich in Syrien auch mit der Aktion gegen die Türkei. Während des Weltkrieges war er von den Türken zum Tode verurteilt worden, doch gelang es ihm, zu den Franzosen zu entfliehen, wo er Hilfe und Unterstützung fand.

Jetzt beschäftigt er sich in Syrien scheinbar mit der Propaganda zu Gunsten von Damad Nuri, des früheren Präsidenten der syrischen Regierung, der wieder zur Macht kommen will, in Wirklichkeit aber widmet er sich dunklen Mächtschaffungen. Einige französische Offiziere nehmen ebenfalls an den Vorbereitungen gegen die Türkei teil. Es hat sich als wahr herausgestellt, dass mehrere französische Offiziere in Zivilkleidung am pankurdischen Kongress teilgenommen haben. Vor etwa 14 Tagen kam der Leiter des Nachrichtenbüros in Syrien, Oberst Martié, nach Aleppo und war dort Gast von Bakir Tschelbi, Kadir Bej suchte ihn dort auf und begab sich dann unmittelbar nach Dschisire, wo er 2 Tage blieb. Zwei Tage nach der Rückkehr von Kadir Bej kam die Hatocho-Angelegenheit ins Rollen. Was die Nachrichten über die Verhaftung Hatochos durch die Franzosen anbelangt, so müssen sie mit grosser Zurückhaltung aufgenommen werden, denn Hatocho und der Scheich Schihi des Stammes Ainsc, der ihn verwendet, gehören den Weisungen der Franzosen.

Der Korrespondent der „Times“ in Beirut berichtet, dass der französische Oberkommissar die Ausweisung des Kurdenführers Badrachan angeordnet habe. Dieser habe sich, versehen mit einem ägyptischen Pass, mit Propaganda unter den Kurden beschäftigt. Badrachan versuchte, die Kurdenführer in Syrien zu bewegen, an den Erhebungen in den Nachbarländern teilzunehmen.

Ibrahim Tali Bej. Der Generalinspektor für die Ostwäladets wird, wie der „Akscham“ berichtet, auf seiner Inspektionsreise an der Ost- und Südgrenze überall mit Enthusiasmus begrüsst.

Der Stamm des Scheichs Ali in der Gegend von Hallwan hat den Behörden seine Unterwerfung angeboten und gesagt, dass er bereit sei, alle Befehle des Gasi und seiner Regierung auszuführen. Der Führer des Stammes der Karaköschili, durch dessen Gebiet bei Kotschaköj Ibrahim Tali Bej reiste, ist zu dem Generalinspektor gekommen und hat ihn eingeladen, unter seinem Zeit zu essen. Ibrahim Tali Bej begab sich dann nach Siwerek und von dort wieder nach Diarbekir, wo er mit grosser Begeisterung begrüsst wurde.

Der Ministerpräsident Ismet Pascha hatte die Lebenswürdigkeit unserem Hauptschriftleiter und dem verantwortlichen Schriftleiter am Freitag nachmittag in seinem Kiosk in Jalowa eine Unterredung zu gewähren.

Der Ministerpräsident empfing uns in durchaus zwangloser Weise auf der Veranda seines idyllischen kleinen Hauses. Das Hauptthema unserer Unterredung bildete selbstverständlich die Gründung der neuen Partei durch den Botschafter Fethi Bej. Ismet Pascha sprach in seiner bestimmten, eindringlichen und lebhaften Art über seine Erfolge, Bestrebungen und Ziele und über die Absichten der neuen Opposition. Auf meine Frage zu seiner allgemeinen Einstellung über eine Oppositionspartei in der Türkei schildert der Ministerpräsident zunächst eingehend die Entwicklung, die die junge türkische Republik in ihrem innerpolitischen Aufbau bisher genommen hatte, und fuhr dann fort:

Die neue Partei. „Wir hatten nach gewisser Zeit erkannt, daß ein Fortbestehen der Unabhängigkeitsgerichte nicht mehr notwendig war. Wir haben sie daraufhin aufgelöst, jedoch die Ausnahmegesetze für zwei Jahre weiter laufen lassen. Nach Ablauf dieser zwei Jahre haben wir einen weiteren Schritt getan, indem wir die Erneuerung dieser Ausnahmegesetze von der Kammer nicht wieder verlannten. Wir sind dann auch dazu übergegangen, der Kritik das Wort zu lassen und haben nur darauf gesehen, daß im Meinungsaustausch persönliche Angriffe unterblieben. Nun sind wir wieder in eine neue Phase getreten. Es hat sich unter der Leitung meines alten Kameraden, des Botschafters Fethi Bej, eine neue oppositionelle Partei gebildet. Die sachliche Unterschiedlichkeit unserer Ansichten, die im übrigen stets bestanden hat, schließt ein persönliches gutes Einvernehmen natürlich nicht aus. Die Frage der Neubildung von Parteien ist eine Frage des politischen Bedürfnisses des Landes. Es läßt sich selbstverständlich im politischen Leben nichts genau voraussehen, doch ist anzunehmen, daß es in nächster Zeit nicht zur Bildung neuer Parteien kommen wird.

Die Kritik der Opposition. Die Kritik der neuen Partei an unse-

ren Maßnahmen und Plänen hat bereits eingesetzt und wird sich voraussichtlich noch verschärfen. Die neue Organisation ist jung und man muß Geduld zeigen und ihr Zeit zur Einrichtung lassen. Selbstverständlich sage ich damit nicht, daß die Kritik ohne Antwort bleiben wird. Ich werde in der G.N.V., ebenso wie im Wahlkampf und an anderer Stelle zu gegebener Zeit meinen Standpunkt und meine Ansichten mit allem Nachdruck verteidigen und meine Auffassungen laut werden lassen.

Es gibt viele, die mir bei der Aufstellung meines Eisenbahnbauprogramms nicht glauben und nicht folgen wollten, die es nicht für richtig befanden und die Möglichkeit seiner Durchführung bezweifelten. Die neue Opposition hat dieses Thema aufs Tapet gebracht und ich kann sagen, daß ich hierdurch von der Richtigkeit meines Standpunktes in dieser Sache nur noch fester überzeugt worden bin. Die Erfolge, die diese Politik bereits gehabt hat, sind ja auch sichtbar. Wir haben seit Einsetzen unseres Programms weit über 1 000 km neue Eisenbahnen mehr. Die durch die neuen Bahnen bereits erschlossenen Gebiete sind glücklich über den Fortschritt und die Gebiete, die programmäßig noch erschlossen werden sollen, warten mit Ungeduld auf die Durchführung. Die Bewohner dieser Gebiete sind jedenfalls alle meine Anhänger.

Die Opposition hat in ihrem Programm auch eine Herabsetzung der Steuern in Aussicht gestellt. Es ist für jede oppositionelle Partei leicht, diesen Programmpunkt aufzustellen, es ist aber schwer, die Möglichkeit seiner Ausführung zu beweisen. Jede neue Opposition ist natürlich auch darauf bedacht, sich Ziele zu setzen, die Anziehungskraft (attraction) auf die Wähler besitzen.

Um die Mehrheit. Die Politik der heutigen Regierung wird selbstverständlich von uns fortgesetzt. Daran ändert die Bildung der Opposition nichts. Sie werden bemerkt haben, daß ich in der Kammer bisher stets über eine absolute Mehrheit verfügte. Ich halte es auch für ausgeschlossen, daß die neue Partei jetzt eine Mehrheit erzielen wird, auch nicht bei den kommenden Wahlen, die im nächsten

Jahre stattfinden werden. Für später kann man selbstverständlich nichts voraussagen. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sich weitere Abgeordnete der bestehenden G.N.V. in die Reihen der neuen Partei begeben werden. Die Oppositionspartei hat mit Schwierigkeiten in ihrem Aufbau zu kämpfen, und man muß ihr, wie ich schon sagte, Ruhe gönnen, damit sie ihre Organisation durchführen kann. Die Schwierigkeiten bei ihrer Ausgestaltung aber werden wachsen. Ich habe natürlich mit meinen Parteifreunden Fühlung genommen und mit ihnen eingehend diese neue Lage besprochen. Wir werden unsere Auffassung mit der nötigen Energie vertreten.

Die Gründung einer eigenen Zeitung der Partei ist von uns weder geplant noch ist sie erörtert worden. Die bestehende Presse kommt uns, abgesehen von geringen Ausnahmen, mit großem Wohlwollen entgegen, sodaß sich eine eigene Zeitung für unsere Partei erübrigt. Ausserdem verfügt die Regierung, wie sie wissen, über ihr offizielles Organ.

Auf meine Frage, ob im Augenblick die Möglichkeit zur Bildung einer Partei auf nichtrepublikanischer Grundlage besteht, erklärte der Ministerpräsident: „Wir sind genötigt, über unser Staatswesen zu wachen, um es stark zu erhalten. In einer Demokratie sollen jedoch alle Meinungen zu Worte kommen können, und der Zeitpunkt der Beendigung ihrer Frage bildet vielleicht die nächste Phase in der Entwicklung unserer Republik.“

Die Frage der persischen Grenze.

Der Ministerpräsident ging dann auf die kurdische Erhebung ein. Er betonte, daß die Ursache zu den Kämpfen in den Grenzgebieten außerhalb des türkischen Hoheitsgebietes zu suchen sei. Man hat von außen her versucht, durch Entsendung von Banden in das Innere der Türkei die bei uns wohnenden Kurden gewaltsam aufzuwiegen und zur Erhebung anzustiften. Diese Pläne sind nicht in Erfüllung gegangen. Unsere regulären Truppen haben überall die Eindringlinge besiegt und vertreiben können.

Auf eine Frage nach den türkischen

Wünschen bezüglich der Aenderung der türkisch-persischen Grenze antwortete Ismet Pascha: „Wir wünschen keine Aenderung unserer Grenze mit Persien, sondern wir legen nur Wert auf eine geringfügige Berichtigung (Rectification) der bisherigen provisorischen Grenzlinie. Wenn die türkisch-persische Grenze heute auch auf der Karte in großem Masstab festgelegt ist, so ist dies jedoch in der Natur noch nicht überall der Fall. Die türkisch-persische Grenzkommission wird an der endgültigen Festlegung der Grenze arbeiten und dabei werden wir auf gewissen Notwendigkeiten bestehen müssen. Aber das sind, wie gesagt, geringfügige Dinge und weitere Wünsche haben wir nicht.“

Auf meine Frage nach der Möglichkeit der Wiederholung der Kurdenfälle, erwiderte der Ministerpräsident: „Die Wiederholung dieser Einfälle ist selbstverständlich solange möglich, solange die Grenzen zwischen Staaten durch das internationale Recht bewacht werden.“

Das Mossulgebiet.

Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß noch zur Frage der Rückgabe des Mossulgebietes, dass das Mossulgebiet seinerzeit dem Freistaat Irak zugesprochen wurde und nicht England. Eine Unabhängigkeitserklärung des Irakstaates könne also die Frage der Rückgabe des Mossulgebietes nicht aufwerfen, sondern die Zusammengehörigkeit zwischen dem Irak und dem Mossulgebiet werde nur noch fester, wenn England das Mandat über den Irak aufgäbe.

Damit war das politische Thema geschlossen. Der Ministerpräsident betonte in der weiteren Unterhaltung wiederholt, wie sehr er seinen kurzen Aufenthalt in Jalowa genüsse und wie wohlthuend die Ruhe und Stille und die täglichen Bäder nach der anstrengenden Zeit der Arbeit in Ankara für ihn seien. Schliesslich aber endete diese interessante und aufschlussreiche Stunde und die Anmeldung eines neuen Besuchers nahm wir zum Anlass, uns zu verabschieden.

v. H.

Politische Wochenschau.

Stambul, 16. August

Die Weltöffentlichkeit beschäftigt sich noch immer lebhaft mit dem Pan-Europa-Stück, dessen Generalprobe im September in Genf stattfinden soll. Am Quay d'Orsay beendet man gerade die letzten Vorbereitungen dazu. Die letzte noch ausstehende Antwort auf das Memorandum Briands — die der Schweiz — ist soeben eingelaufen und Briand arbeitet ein neues Memorandum aus, das als eine Art Antwortmemorandum bezeichnet werden könnte. Die bevorstehende mündliche Aussprache in Genf wird wohl kaum mehr als akademisches Interesse beanspruchen, sie könnte aber manches, was in den eingelaufenen Antworten nur angedeutet wurde, in ein helleres Licht setzen. Es steht nun einmal nicht gut mit dem „auf dem Recht gegründeten Europa“ wie Clemenceau das Europa der Friedensverträge genannt hat. Europa ist krank und die Keime der Krankheiten, die es schüttern, sind zumeist während der monströsen Operationen in Versailles, St. Germain u. s. w. in seinen Körper eingedrungen. Eine Kur an Europa, die diese Diagnose von vorn herein verwirft, kann nicht viel mehr als Kurpfuscherei sein. — Unterdessen bekommt auch Frankreich immer mehr die Folgen der Europa- und Weltkrise zu fühlen. Die riesigen Streiks in der Metall- und Textilindustrie können nicht allein durch die Bewegung gegen das Gesetz für soziale Versicherung erklärt werden. Dies Gesetz legt allerdings sowohl Arbeitgebern als Arbeitnehmern beträchtliche Lasten auf, aber an der Wurzel der immer wachsenden Unzufriedenheit der breiten Volksschichten liegt die „vie chère“ die Lebenssteuer, die sich das reiche Frankreich nicht leisten kann. Frankreich hat eine Inflation durchgemacht, als die Keller der Bank von Frankreich leer von Gold waren. Aber es gibt auch eine Inflation, die vom Ueberfluß des Goldes kommt und die erlebte jetzt Frankreich. Was immer auch ihre Ursachen sein mögen — die Wirtschaftskrise, vor der sich Frankreich geistig wählte, klopft an seine Tür. Denn es gibt eben in gewissem Sinn ein Pan-Europa, das das Gedeihen oder Nicht-Gedeihen der einzelnen Länder schicksalhaft verbindet.

Die „Politik des Weizens“ drängt für den Augenblick die andere Politik in den Hintergrund. In einem großen Teil West-Europas haben sich die Schleusen des Himmels geöffnet und die Ernte so ziemlich vernichtet. In Amerika, dem Land der apokalyptischen Geschehnisse hat ein monatelanger, beispielloser Sonnenbrand die Felder der reichsten Getreidestaaten bis auf den Grund ausgehörrt. Die Getreidepreise an der Chicagoer Börse haben phantastische Sprünge gemacht. Es gibt eine ganze Gruppe von Leuten, die die Dürre als einen begrüssenswerten Faktor betrachten, der das Problem der „Ueberproduktion“ zu lösen hilft. Unterdessen verschlingt die Staatsmilien in den heimgesuchten Gebieten Millionen und die Arbeitslosigkeit vergrößert sich, da die ruinierten Farmer alle Landarbeiter entlassen. — In Süd-Ost-Europa hat die „Weizenpolitik“ zu einer Art Agrar-Block geführt. Das zwischen Rumänien und Jugoslawien abgeschlossene Abkommen ist vorläufig nur provisorisch, hat aber bereits eine ganz beträchtliche Erregung in den anderen Staaten des Donaugebietes, besonders in Oesterreich und Ungarn erregt. Oesterreich greift bereits zu der Waffe eines staatlichen Weizenmonopols, das ebenfalls in Ungarn großes Mißbehagen erregt. Von der Tschechoslowakei wird gegen den Agrarblock ein Industrie-Block propagiert, an dem außer der Tschechoslowakei, Oesterreich und Deutschland teilnehmen müßten. Die Angelegenheit des Agrarblocks wird wohl erst auf der in Warschau bevorstehenden Konferenz, an der, wie bereits früher an dieser Stelle hingewiesen wurde, außer den Donauländern auch die baltischen Randstaaten teilnehmen sollen. Im Hintergrund dieser „Weizenkonferenz“ steht die von Polen angestrebte Hegemonie, die es jetzt durch wirtschaftlich ertrunken.

Fethi Bej an die Presse.

Im Hause Fethi Bejs in Büjükdere fanden gestern und vorgestern mehrere Besprechungen statt. Zu den Besuchern zählte auch der Abgeordnete von Kars, Agaoglu Ahmet Bej. Einigen Pressevertretern, die Fethi Bej aufsuchten, gab er folgende Erklärungen:

„Ich halte den Ausdruck „Organisation“ für unrichtig und nicht angebracht. Nach meiner Auffassung ist die Frage der Partei eine Ideenfrage. Wer meinen Gesichtspunkt teilt, wird dies vor den Wählern zum Ausdruck bringen. Es wird von den Wahlergebnissen abhängen, ob die Eröffnung von Zweigstellen in anderen Teilen des Landes zweckmässig ist. Ich kann ihnen im Augenblick nicht sagen, ob ich in der Organisation denselben Weg gehen würde, wie die Volkspartei. Auf alle Fälle wird man Filialen gründen, wenn dies notwendig erscheint. Wir haben vorläufig das erste Stockwerk im Nasli Han in Galata für die Errichtung des Zentralsitzes der Partei in Stambul gemietet. Täglich geht eine grosse Menge Post bei uns ein. Eine grosse Menge junger Leute und Intellektueller bezeugen uns Interesse und äussern den Wunsch, der Partei beizutreten.“

Der Abgeordnete Nuri Bej ist von Jalowa nach Stambul gekommen, um Fethi Bej bei seinen Bemühungen zur Organisation der Partei zu unterstützen. Beide werden voraussichtlich in Kürze nach Jalowa zurückkehren. Das Datum der Abreise Fethi Bejs nach Ankara steht nicht fest. Es dürfte nicht vor September liegen. Die Frage des Mandats für Fethi Bej ist ebenfalls noch ungeklärt.

Aus der türkischen Presse.

Die neue Partei und das Ausland. Die „Son Posta“ veröffentlichte eine Zusammenstellung von auswärtigen Pressestimmen über die neue Partei mit einem eigenen Kommentar. Die Zeitung sagt:

Der Berichterstatler der „Tass Agentur“ erklärte auf unsere Frage nach Russlands Stellungnahme zur neuen Partei, dass man die neue Partei in Russland als zu weit rechtsstehend bezeichnet.

Der „Temps“ überschreibt seine Besprechung der neuen Partei mit den Worten „Eine zweite Partei in der Türkei?“. Dieses Fragezeichen hinter der Ueberschrift läßt erkennen, dass die Neugründung in Frankreich nicht ohne Zweifel an ihrer Bedeutung aufgenommen wird.

Die „Times“ sagen, dass die Türkei eine autokratische Verwaltung in der Form einer demokratischen Republik habe. Das Land stände grossen finanziellen Schwierigkeiten gegenüber. Daher sei die Gründung der neuen Partei gut aufgenommen worden. Man müsse jedoch in dieser Hinsicht vorsichtig urteilen.

Aus Deutschland und aus Amerika liegen noch keine Meinungen vor. Doch die gezeigten Meinungen aus Russland, Frankreich und England beweisen, dass der durch die Neugründung von der Partei beabsichtigte Eindruck nicht hervorgerufen wurde.

Fethi Bej sagte, dass man zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten das Vertrauen des Auslandes brauchen. Die neue Partei sieht sich also vor die Notwendigkeit gestellt, die bisherigen Eindrücke im Auslande zu verwischen.

Der Bericht des Sachverständigen Rist.

Nach Meldungen aus Ankara hat die Regierung den Bericht des Finanzsachverständigen Rist über seine Untersuchungen in der Türkei erhalten.

Zur Ermordung Fatin Bejs.

Der kürzlich an dieser Stelle gemeldete Tod des Militärarztes Fatin Bej hat sich bestätigt. Fatin Bej wurde von Kurden auf bestialische Weise ermordet. Fatin Bej ist der Sohn des Direktors der Munitionsfabrik in Saitin Burnu, Oberst Hamdi Akif Bej, dem wir auch an dieser Stelle unser aufrichtiges Beileid ausdrücken.

Der Bürgerkrieg in China.

Schanghai, 16. August (A.A.) Wie die „Agence Indopacifique“ meldet, wurde über Hankau und Schanghai der Kriegszustand erklärt.

Tsinanfu von Nankingtruppen genommen.

Schanghai, 16. August (A.A.) Aus Nanking wird berichtet, dass die Regierungstruppen die Stadt Tsinanfu besetzt hätten. Die Truppen der nordchinesischen Generale seien in nördlicher Richtung im Abzug.

Zwischenfall in Agram.

Belgrad, 16. August (A.A.) Bei einer Haussuchung bei verdächtigen Personen wurde die Polizei mit Revolvergeschüssen empfangen. Die Beamten mussten das Feuer erwidern, wobei der eine Gesuchte getötet und der andere schwer verletzt wurde.

Wirth über den Young-Plan.

Berlin, 16. August (A.A.) Der Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte in einer Rede bei einer Wahlsammlung, dass der Youngplan, wenn die Wirtschaftskrise weiter fort-dauern sollte, unausführbar sei.

„R 100“ zurückgekehrt.

London, 16. August (A.A.) Das britische lenkbare Luftschiff „R 100“ ist über den atlantischen Ozean wieder nach England zurückgekehrt und um 12.02 mittags am Ankermast in Cardington festgemacht worden. Das Luftschiff hat die Strecke von Montreal bis Cardington in 57 Stunden zurückgelegt; die auf der Fahrt erzielte Höchstgeschwindigkeit betrug 92 Stundenmeilen.

Aus der Arktis.

Moskau, 16. August (A.A.) An der Küste von Novaja Semlja wurde eine Botschaft der im Jahre 1902 verschollenen Nordpolexpedition des Amerikaners Baldwin gefunden.

Unwetterschäden in U. S. A.

Newyork, 16. August (A.A.) Im Nordwesten der Vereinigten Staaten hat ein Wolkenbruch mit Hagel-schlag nach der anhaltenden Trockenheit grossen Schaden verursacht. Der Ernteschaden wird allein auf 2 Mill. Dollar berechnet.

22 Personen ertrunken.

Belgrad, 16. August. Auf der Drau sind gestern 22 Bauern, die von einem Gottesdienste kamen, mit dem Fährkahn umgekippt und sämtlich ertrunken.